

Bericht über die Sitzung 1/2014 des Hauptausschusses am 12. März 2014 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Leiter Büro Hauptausschuss im BIBB

Der Hauptausschuss des BIBB widmete sich unter dem Vorsitz von MANFRED HUMPERT, Beauftragter der Arbeitgeber, dem Entwurf des Berufsbildungsberichts und der aktuellen Ausbildungsplatzsituation, dem Thema duales Studium in Deutschland und dem Ascot-Projekt zur technologieorientierten Kompetenzmessung in der Berufsbildung. Als besonderer Meilenstein wurde von allen Gruppen die Empfehlung für Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) bezeichnet, die der Hauptausschuss verabschiedete.

Berufsbildungsbericht und aktuelle Ausbildungsplatzsituation

Für das BMBF wies KORNELIA HAUGG, Leiterin der Abteilung Berufliche Bildung, Lebenslanges Lernen, im Hinblick auf die aktuelle Ausbildungsplatzsituation darauf hin, dass im Jahr 2013 weniger Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen worden seien. Es gebe sowohl mehr unbesetzte Ausbildungsplätze, als auch zu viele Bewerberinnen und Bewerber, die keinen Ausbildungsplatz fänden. Laut Prognose des BIBB werde sich daran im laufenden Jahr nichts wesentlich ändern. Zugänge in das System der beruflichen Bildung und in das Hochschulsystem seien zum ersten Mal gleich hoch. Positiv sei, dass die Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss und die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich zurückgehe.

Der Hauptausschuss verabschiedete eine Gemeinsame Stellungnahme zum aktuellen Entwurf des Berufsbildungsberichts, dem Voten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder als Anlage beigefügt wurden. Die Arbeitgeber weisen in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Übernahmequote durch Ausbildungsbetriebe über die Jahre hinweg in allen Betriebsgrößenklassen deutlich gestiegen

sei. Interessant sei auch, dass die Ausbildungsbeteiligung in allen Betriebsgrößenklassen außer den Kleinstbetrieben deutlich gestiegen und nur bei den Kleinstbetrieben gesunken sei. Ob es realistisch und wünschenswert sei, jeden Ein-Personen-Betrieb als Ausbildungsbetrieb zu gewinnen, sei zu bezweifeln. Die Arbeitnehmer bedauern, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 trotz guter Konjunktur und steigender Schulabgängerzahlen auf den mit Abstand niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit gefallen sei. Die mangelnde Integration von Jugendlichen mit schlechten Startchancen sei das Hauptproblem. Nur noch sieben Prozent aller Betriebe bildeten Jugendliche mit Hauptschulabschluss aus, zahllose Jugendliche befänden sich in »Maßnahmen« im Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die Arbeitnehmer fordern eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die eine allgemeinbildende Schule verlassen. Der Bund müsse entsprechende Mittel – zum Beispiel zum Ausbau der assistierten Ausbildung, der ausbildungsbegleitenden Hilfen sowie der Berufseinstiegsbegleitung – im Bundeshaushalt bereitstellen. Für die Länder steht die Lösung der Passungsprobleme im Vordergrund. Sie bedürfe einer sehr differenzierten Herangehensweise und unterschiedlicher Modelle, da zum Beispiel die Situation in Großstädten eine völlig andere als die auf dem Land sei. Die Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf des Berufsbildungsberichts einschließlich der Voten der Bänke ist als BIBB-Pressemittteilung 14/2014 vom 08.04.2014 veröffentlicht (vgl. www.bibb.de/de/66759.htm).

Duales Studium

Nach einer Bestandsaufnahme durch das BIBB auf Basis von AusbildungPlus informierte sich der Hauptausschuss über die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Entwicklung des dualen Studiums. LAURA GERSCH, Referentin Tertiäre Bildung des Wissenschaftsrats, Köln, stellte die Grundlinien der Empfehlungen vor. Wesensmerkmale des dualen Studiums seien aus Sicht des Wissenschaftsrats die Verzahnung der Lernorte (z.B. Hochschule und Betrieb) und das Studium als Ausbildungsformat mit wissenschaft-

lichem Anspruch. GERSCH erläuterte die Positionen des Wissenschaftsrats zur Typologie dualer Studienformate, zur Qualitätssicherung sowie zu weiteren Perspektiven. Anschließend erläuterte VITUS PÜTTMANN vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh die Aufgabenstellung und Ziele des Qualitätsnetzwerks »Duales Studium«. Der Hauptausschuss machte deutlich, wie wichtig er das Angebot dualer Studiengänge einschätzt; man werde sich auch künftig vor allem mit Fragen und Aspekten der Qualitätssicherung beschäftigen. Dies sei schon wegen unterschiedlicher Bewertungen der Angebote und ihrer großen, qualitativ ganz heterogenen Vielfalt dringend erforderlich.

Ascot

Zum Thema Ascot, einer Forschungsinitiative des BMBF präsentierte KORNELIA HAUGG den aktuellen Sachstand. Ziel der Initiative sei, am Arbeitsmarkt verwertbare Handlungskompetenzen zu messen, die für die Ausübung einer qualitativ hochwertigen beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendig seien. Es gehe um eine empirische Fundierung von beruflicher Handlungskompetenz und deren Modellierung als komplexes System von Aktion und Interaktion. Nachgewiesen werden sollten berufsbezogene, berufeübergreifende und allgemeine Kompetenzen. In den Testverfahren würden berufliche Arbeits- und Geschäftsprozesse abgebildet; dabei käme ein Methodenmix aus Simulationen, Videovignetten und Paper-Pencil-Tests zum Einsatz. Transferperspektiven gebe es unter anderem im Hinblick auf einen möglichen Input für eine internationale Vergleichsstudie der OECD zur Berufsbildung, die frühestens Ende dieses Jahrzehnts durchgeführt werden könnte.

Kritisch ist aus Sicht der Sozialpartner, dass kognitive Aspekte in Ascot im Fokus stünden. Wenn es jedoch um berufliche Handlungskompetenz gehe, seien motorische und sensomotorische Aspekte in der Durchführung von sehr hoher Relevanz. Wenn diese nicht angemessen berücksichtigt würden, käme das eigentliche Pfund der deutschen dualen Berufsbildung nicht zum Tragen. In einem internationalen Vergleich von Berufen könne man nur verlieren, wenn es um Berufe gehe, bei denen motorische und sensomotorische Aspekte besonders wichtig seien.

Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung

Der Hauptausschuss verabschiedete die in intensiver Beratung entwickelte Empfehlung für Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) (vgl. www.bibb.de/dokumente/pdf/HA159.pdf).

DR. VOLKER BORN, Vorsitzender der Arbeitsgruppe DQR/ECVET des Hauptausschusses, betonte, dass es bei der Empfehlung nicht mehr nur – wie ursprünglich geplant – um eine Zuordnung der beruflichen Fortbildung zum DQR, sondern um eine weit umfassendere Darstellung des Fortbildungssystems nach BBiG/HwO gehe. Besonders wichtig seien in diesem Zusammenhang Qualitätsstandards, die es im Rahmen der Ordnungsverfahren und Prüfungen bereits gebe, die aber noch weiterentwickelt würden. Der Präsident des BIBB, PROF. DR. FRIEDRICH H. ESSER, dankte für die Erarbeitung der Empfehlung, die er als Meilenstein bezeichnete und der eine lange Geschichte vorausgegangen sei. Die berufliche Fortbildung habe einen sehr hohen Stellenwert, ihre Entwicklung und Steuerung habe viel mit Autonomie zu tun. Insofern gelte der Qualitätssicherung immer ein besonderes Augenmerk. Die Empfehlung biete eine gute Grundlage für Gespräche mit der Hochschulseite und werde helfen, die Durchlässigkeit zu verbessern.

Weitere Themen

Der Hauptausschuss hat eine neue Arbeitsgruppe zu Auswirkungen von neuen Kommunikations- und Arbeitsformen in der Arbeitswelt auf die duale Ausbildung und damit in Zusammenhang stehenden Qualitätsaspekten eingesetzt.

Für das BIBB informierte ISABELLE LE MOUILLOUR über den Diskussions- und Arbeitsstand und die Beteiligung des BIBB an den Konsultationen der EU-Kommission Europäischer Raum der Kompetenzen und Qualifikationen (EASQ = European Area of Skills and Qualifications).

Der Hauptausschuss beschloss Verordnungen über die Berufsausbildung Fachkraft für Speiseeis, Süßwarentechnologe/-in, Polsterer/-in, Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in, Zweiradmechatroniker/-in und Zupfinstrumentenmacher/-in. Zugestimmt wurde auch den Verordnungen über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Vertrieb im Einzelhandel, Geprüfte/-r Handelsfachwirt/-in und Geprüfte/-r Industriemeister/-in Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk. Schließlich stimmte er der Verordnung zur Änderung von Ausbildungsordnungen im Bereich Büromanagement und der Zweiten Verordnung zur Änderung von Vorschriften über die Berufsbildung in der Landwirtschaft zu. ◀